

Kommunalpolitische Schwerpunkte BSW Hessen Friedlich, sozial, gerecht - demokratische Erneuerung fängt in der Kommune an¹

BSW-Kreisverband Darmstadt

Das BSW repräsentiert in Deutschland Millionen Wählerinnen und Wähler, die sich bisher durch die etablierten Parteien nicht angemessen vertreten gefühlt haben. Bei der letzten Bundestagswahl in Hessen haben nahezu 160.000 Wähler dem BSW ihr Vertrauen geschenkt. Das ist ein solides Ergebnis, stellt uns aber noch lange nicht zufrieden. Nachdem das BSW vorerst nach offiziellem Ergebnis den Einzug in den Bundestag nicht geschafft hat, werden wir umso entschlossener den Weg des politischen Neuanfangs über die Kommunen und die Verankerung vor Ort gehen.

In unserem Fokus steht einerseits der weitere Ausbau eines schlagkräftigen Landesverbandes und andererseits die flächendeckende Vertretung des BSW durch Kreisverbände in ganz Hessen. Wir wollen daher bei den Kommunalwahlen 2026 zu möglichst vielen kommunalen Parlamenten antreten und dort einziehen, um uns möglichst auf breiter Ebene für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen zu können.

Denn die Demokratie in unserem Land befindet sich in einer bedenklichen Krise und wir brauchen dringend eine demokratische Erneuerung!

Diese Krise hat ihre Ursachen in der schlechten und vorwiegend ideologiegetriebenen Politik der alten Parteien, die die soziale Spaltung in Arm und Reich weiter verstärkt hat und gleichzeitig keine befriedigenden Antworten auf die wirtschaftlichen, technischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit anbietet.

Die Regierungen der letzten Jahre haben es zugelassen – und dabei auch noch untätig zugesehen –, wie unsere **Infrastruktur** nach und nach zerbröckelt ist und Deutschland in vielen Bereichen international immer weiter abgehängt wurde, und noch wird. Entscheidend hierzu beigetragen hat die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte und in deren Folge haben die Regierungen viele Entscheidungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben und damit das Dogma von Wettbewerb und Konkurrenzdenken über das Gemeinwohl gestellt. Wie man auf breiter Linie erkennen kann, ist dieses Politikmodell an seine Grenzen gekommen.

Wir müssen wegkommen von Kommerzialisierung und Überregulierung vieler Lebensbereiche, hin zu einer **gemeinwohlorientierten Politik** zum Wohle aller hessischen Bürgerinnen und Bürger. Das BSW setzt sich ein für eine **gerechte Leistungsgesellschaft**, die niemanden zurücklässt.²

¹ Die im vorliegenden Dokument verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich gleichermaßen auf alle Personen. Auf eine Doppelnennung und gegenderte Bezeichnungen wird zugunsten der besseren Lesbarkeit verzichtet.

² Näheres hierzu und zur Erhöhung der Staatseinnahmen durch eine gerechtere Steuerreform auf der Homepage des BSW-Bund: <https://bsw-vg.de/>

Das BSW versteht sich als Gegenmodell zu den verkrusteten und ideologisierten Angeboten der anderen Parteien. Gute Argumente und Konzepte müssen wieder im Fokus stehen und in konkrete Politik umgesetzt werden, die Verkrustungen, die die etablierten Parteien auf vielen Ebenen der Stadt Darmstadt aufgebaut haben, müssen aufgebrochen werden. Die durch die Kommunalwahl gewählten BSW-Mandatsträger und deren Fraktionen, stehen für den Neustart in Hessen, gemäß dem Programm und den Werten unserer Partei.

Rückkehr zu einer wertschätzenden, konstruktiven und sachorientierten Debattenkultur

Die Debattenkultur ist an einem Tiefpunkt angekommen und der politische Diskurs leidet (teilweise) unter polemischen Debatten, vermeintliche und tatsächliche politische Gegner werden auf unlautere Weise diffamiert und diskreditiert.

Dieser Tendenz will das BSW entgegensteuern. Es sollte nicht länger in den Kategorien „Gut-Böse“ oder „Schwarz-Weiß“ gedacht, sondern wieder zu einer sachlichen, respektvollen und wertschätzenden Debatte zurückgekehrt werden, indem der Austausch von Argumenten ohne überzogene Emotionen in den Mittelpunkt der politischen Debatte rückt.

Ein Beispiel für die massive Einschränkung des politischen Diskurses stellt für uns die Corona-Krise und die begleitenden Debatten dar. Das BSW hält daher auch eine Aufarbeitung der damaligen Ereignisse auf kommunaler Ebene für notwendig. So soll für die Zukunft verhindert werden, dass derartige Maßnahmen der Manipulation und Unterdrückung dort angewandt werden, wo Widerstand den Interessen der Politik, der Industrie und der Finanzwelt zuwiderläuft. Dazu ist eine Aufklärung in der Breite erforderlich und daraus resultierend ein friedlicher und wirkmächtiger politischer Widerstand gegen die Einengung demokratischer Prozesse. Auch dafür steht das BSW.

Daher wird sich das BSW-Darmstadt in der Stadtverordnetenversammlung keiner Koalition anschließen und sich bei seinen Entscheidungen ausschließlich an der Sache orientieren.

Friedenspolitik

Artikel 69 der Hessischen Verfassung ächtet den Krieg und seine Vorbereitung. Die irrsinnige Aufrüstungspolitik und Militarisierung unserer Gesellschaft lehnen wir konsequent ab. Die Produktion von Waffensystemen ist kein nachhaltiges Wirtschaftskonzept, das Gegenteil ist der Fall. Durch Militarisierung einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen zu wollen, ist eine Bankrotterklärung. Rüstungsproduktion verursacht mittel- und langfristig vor allem Kosten und Schulden, die zulasten der gesellschaftlich viel wichtigeren sozialen Aufgaben und Pflichten des Staates gehen.

Das BSW vertritt einen klaren Kurs, der in der internationalen Politik auf **Diplomatie und Interessenausgleich setzt, anstatt auf Eskalation und Aufrüstung.**

Auch wollen wir nicht, dass die absehbaren Zinszahlungen für die Kriegskredite der Regierung Merz zulasten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und des Mittelstands gehen oder noch stärker auf Kosten derer, die bereits jetzt finanziell kaum über die Runden kommen.

Die **US-Mittelstreckenraketen, deren Stationierung für 2026 in Deutschland angekündigt ist**, können durchaus als hochgefährliche Erstschlagwaffen interpretiert werden. Noch dazu soll deren Befehls- und **Steuerungskommando nicht weit entfernt von Darmstadt** in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden angesiedelt werden. Das lehnen wir nachdrücklich ebenso ab, wie die aktive Unterstützung der Kriegsführung in der Ukraine durch das in Wiesbaden angesiedelte NATO-Kommando NSATU von deutschem Boden aus.

Auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht – wenn auch zunächst freiwillig – ist Teil einer Kriegsvorbereitung, die Soldatinnen und Soldaten zur Aufstockung der Truppenstärke der Bundeswehr miteinschließt.

Im Rahmen des sogenannten „Operationsplans Deutschland“ (OPLAN DEU) werden Kommunen systematisch darauf vorbereitet, kritische Infrastruktur wie Straßen, Brücken und Versorgungsanlagen kriegsfähig zu machen. Dies umfasst die Sicherstellung der Nutzbarkeit von Infrastruktur für Truppenbewegungen sowie die logistische Versorgung von Soldaten. Die Grenzen zwischen zivilem und militärischem Bereich verschwimmen somit zunehmend, da sie aktiv in eine kriegsorientierte Struktur eingebunden werden, was eine deutliche Militarisierung der kommunalen Strukturen darstellt. Das Rhein-Main-Gebiet und ganz Hessen werden durch die ausufernde Militarisierung in existenzieller Weise gefährdet.

Es stellt sich auch in Darmstadt die Frage, in welchem Umfang hier schon Vorbereitungen durch die Verantwortlichen getroffen wurden. Wir verlangen an dieser Stelle absolute Transparenz über eventuelle Maßnahmen, die Darmstadt kriegsfähig machen sollen.

Städtepartnerschaften – Für Frieden und Völkerverständigung

Die Stadt Darmstadt pflegt Partnerschaften mit 12 Städten in anderen Ländern. Städtepartnerschaften fördern den Frieden, indem sie den internationalen Dialog auf kommunaler Ebene stärken, Vorurteile abbauen und gegenseitiges Verständnis fördern. Sie schaffen persönliche Verbindungen zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern, die damit einen Beitrag zur Deeskalation von Konflikten leisten und gemeinsame Werte wie Frieden, Freiheit und Demokratie hochhalten. Städtepartnerschaften ermöglichen auch praktische Kooperationen in Bereichen wie Bildung, Kultur, wirtschaftliche Entwicklung und Flüchtlingspolitik, die helfen den Frieden langfristig zu sichern. Insbesondere in Krisensituationen können sie als Friedenssignale wirken und den Austausch zwischen unterschiedlichen Kulturen und

politischen Systemen fördern. Die Stadt Darmstadt soll sich wieder verstärkt um die bestehenden Partnerschaften kümmern und diese mit Leben füllen.

Das BSW begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitgliedschaft des Darmstädter Oberbürgermeisters im internationalen Netzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden).

Das BSW versteht sich als konsequenter Teil der Friedensbewegung und unterstützt daher ausdrücklich die **lokale** Friedensbewegung.

Wir verurteilen den Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 und den Völkermord in Gaza und wehren uns gegen Versuche, legitime Proteste zu verbieten und Kritik als Antisemitismus zu delegitimieren.

Kommunalpolitischen Schwerpunkte

1. Wohnen und Bauen

Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware!

Wohnen ist für viele unbezahlbar geworden. Nach Abzug von Miete, Nebenkosten oder Kreditzinsen hat fast jeder Vierte in Hessen ein verfügbares Einkommen im oder nahe am Armutsbereich.

Selbst für Normalverdiener ist es schwer geworden, in Darmstadt eine bezahlbare Wohnung zu finden. Auch zahlreiche Familien sind davon betroffen. Es muss in Darmstadt endlich dafür gesorgt werden, dass merklich mehr in bezahlbare Mietwohnungen investiert wird. Eine zentrale Rolle bei diesem Vorhaben spielt der **Bauverein (BV)** als städtisches Unternehmen. Es muss ein **Strategiewechsel** eingeleitet und der BV wieder stärker in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gestellt werden, anstatt profitorientiert Millionengewinne zu erwirtschaften und damit die Löcher im Darmstädter Haushalt zu stopfen.

Zur Unterstützung und Kontrolle dieses Strategiewechsels muss die Stadtverordnetenversammlung (StaVo) wieder stärker eingebunden werden und mehr Einflussmöglichkeiten und Mitspracherechte auf die Wohnungsbaupolitik des BV erhalten.

- So stehen zurzeit über 2000 Personen auf der Warteliste des Amtes für Wohnungswesen für eine **Sozialwohnung**. Es wird jährlich von der Stadtregierung damit geworben, wie viele neue begünstigte Wohnungen fertiggestellt wurden. Dabei wird verschwiegen, dass gleichzeitig fast genauso viele Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen. Somit stagniert die Zahl dieser geförderten Wohnungen, und auf der Warteliste ändert sich nichts.

- Grundsätzlich **muss die Sozialbindung für geförderte Wohnungen erheblich verlängert werden.** (Wiener Modell)

Das BSW fordert darüber hinaus, dass in Zukunft bei der Wohnraumplanung verstärkt auch **unterschiedliche Wohnbedarfe** berücksichtigt werden.

- Darmstadt benötigt dringend mehr **kleinere Wohnungen für Alleinstehende und ältere Bürgerinnen und Bürger**
- Mehrere tausend Studierende und Auszubildende suchen jedes Jahr eine bezahlbare Unterkunft und müssen neben ihrem Studium arbeiten, um die oft überzogenen Mieten bezahlen zu können. Da das Studierendenwerk in dieser Hinsicht nur begrenzte Kapazitäten hat, muss die „Wissenschaftsstadt“ hier einen bemerkenswerten Beitrag leisten und mehr **Wohnungen/Zimmer für Studierende und Auszubildende** bauen, anstatt dieses Feld privaten gewinnorientierten Investoren zu überlassen.
- Auch besteht ein bisher verkannter Bedarf an **bezahlbaren Grundstücken für individuelle Wohnformen**, wie z.B. **Tinyhouses**.

Mit welchen Maßnahmen kann der Strategiewechsel unterstützt werden?

- Durch die **konsequente Nutzung von Vorkaufsrechten** und die **Rekommunalisierung ehemals öffentlicher Wohnungen** kann der öffentliche Wohnungsbestand in Darmstadt massiv aufgestockt werden.
- Ein weiterer Baustein auf diesem Wege ist die Förderung des **Wohnungsbaus durch Genossenschaften**. Diese müssen vor allem deswegen stärker gefördert werden, weil sie nicht gewinnorientiert, sondern möglichst kostendeckend arbeiten. Dadurch könnten auch Wohnungen, die aus der Sozialbindung fallen, weiterhin zu sozialverträglichen Mieten vergeben werden. Nebenbei stärkt der Genossenschaftsgedanke das Zusammengehörigkeitsgefühl und fördert Solidarität und damit wiederum die soziale Sicherheit.
- Wegen der angespannten Lage am Darmstädter Wohnungsmarkt wollen wir **grundlosen Leerstand (z.B. von Büroräumen) sanktionieren** und die **Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern**. Ein wirksames Leerstandsmanagement sollte politisch durch gezielte Förderinstrumente unterstützt werden. Dazu gehören Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, die Eigentümer zur Sanierung und Weitergabe von ungenutzten Immobilien motivieren.
- Anstatt weiter das „Tafelsilber“ – die im Besitz der Stadt verbliebenen Grundstücke – zu verkaufen, muss ein weiteres wichtiges Instrument die verstärkte **Vergabe von Erbpachtgrundstücken zu günstigen Zinsen** sein. Am Ende der Pachtzeit bekommen dann die aktuellen Erbpächter ein Vorkaufsrecht eingeräumt, um so langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten. Wenn die Stadt Darmstadt ihre Grundstücke hauptsächlich an die eigenen Gesellschaften verpachtet, wird mit leistbaren Bodenpreisen ein weiterer Miettreiber ausgeschaltet. Gleichzeitig blieben damit mittel- und langfristige stadtplanerische Ziele unter Kontrolle der Stadt.

- In Hessen haben Kommunen die Möglichkeit nach § 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB so genannte **Erhaltungssatzungen** für gewissen Quartiere anzuwenden. Damit hat die Stadt Darmstadt rechtliche Möglichkeiten so genannte „Gentrifizierungsprozesse“ einzudämmen, indem sie beispielsweise Modernisierung oder Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbinden kann. In Hessen nutzt z.B. Frankfurt diese Mittel durchaus mit Erfolg. Andere Kommunen – auch Darmstadt – sind hier oftmals sehr zurückhaltend, was einen mangelnden politischen Willen vermuten lässt. **Wir werden uns dafür einsetzen, „Milieuschutz“ ernsthaft zu prüfen und ggf. auch anzuwenden.**
- Das BSW Darmstadt sieht auch das Problem der „Landflucht“, welches die Städte vor große Herausforderungen stellt. Immer wieder haben sich Lokalpolitiker damit gebrüstet, eine attraktive Stadt wie Darmstadt ziehe die Menschen an. Oftmals ist es aber nicht die Attraktivität einer Stadt, sondern vielmehr die infrastrukturellen Probleme der ländlichen Regionen, die vor allem jungen Menschen den Umzug in die Stadt als alternativlos erscheinen lassen. Wir wollen dieses Thema ganzheitlich denken und in Verbund mit anderen kommunalen Vertretungen Lösungen entwickeln.

Verzicht auf „Prestige-Bauten“

Angesichts der schlechten Finanzlage fordert das BSW Darmstadt den Verzicht auf überbebaute Bauten, wie z.B. das unter falschen Voraussetzungen geplante Besucherzentrum auf der Mathildenhöhe oder die offene Darmbachführung durch die Innenstadt. Diese Gelder werden dringend an anderen Stellen benötigt.

1. Schule und Bildung

Die Stadt Darmstadt hat als zuständiger Schulträger die Aufgabe, für erforderlichen Schulneubau sowie eine gute Ausstattung der Kitas und Schulen zu sorgen. Wir fordern daher, dass ...

- weiter alle Anstrengungen unternommen werden, um vorhandene **bauliche Mängel an den Kita- und Schulgebäuden zu beheben**
- Schulgebäude/Kitas „klimatauglich“ umgerüstet werden, um endlich erträgliche Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte herzustellen. Das erfordert die **Nachrüstung aller Gebäude mit Klima- und Photovoltaikanlagen**, um damit eine kosten- und **klimaneutrale** Kühlung zu erreichen. Dafür muss der Grundsatz der bisherigen Stadtregierung gekippt werden, grundsätzlich auf Klimaanlage zu verzichten. Hier muss bei den Verantwortlichen unbedingt ein Umdenken stattfinden
- die **Anzahl des Personals in kommunaler Verantwortung** - insbesondere Hausmeister, Verwaltungs- und Reinigungspersonal oder die Beschäftigten für den Ganztags – **den tatsächlichen Bedarfen entspricht** und entsprechend angepasst wird

- die Unterstützungssysteme und Leistungen für die Schulen (z.B. Ausbau der Jugend- und Schulsozialarbeit, kostenloses Mittagessen) verbessert werden
- Ausbildungsangebote ausgeweitet werden, z.B. durch Stärkung und Ausweitung außerbetrieblicher Bildungsmaßnahmen
- die Digitalisierung in den Schulen und Bildungseinrichtungen fördernd begleitet und dazu angemessene Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu sollten Verfahren und Prozesse eingerichtet werden, die den Austausch zwischen der städtischen Fachabteilung, den Schulen und Bildungseinrichtungen sowie anderen Einrichtungen (z.B. Institut für Medienpädagogik und Kommunikation e.V.) verbindlich festlegen. Entsprechende Förderprogramme des Landes und des Bundes sollen konsequent genutzt werden.
- Schulen mit schwierigem sozialem Umfeld besondere zusätzliche Unterstützung erhalten
- die offene Jugendarbeit und die Angebote der Kultur- und Jugendzentren (z.B. ein Ersatz für die geschlossene „Hütte“) gestärkt und an den tatsächlichen Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtet werden

3. Öffentliche Sicherheit

Die Stärkung der öffentlichen Sicherheit in Darmstadt geschieht durch Maßnahmen zur **Verbesserung der sozialen Sicherheit**. Soziale Sicherheit ist das Fundament jeder stabilen Ordnung. **Wo sie fehlt, kann auch die öffentliche Sicherheit nicht bestehen.** Soziale Stabilität entsteht in der Stadtgesellschaft nicht nur allein durch staatliche Maßnahmen von personell und technisch gut ausgestatteter Polizei und Justiz. Zuträglich ist zudem eine verlässliche soziale Basis für die Menschen, die ihnen Perspektiven, Aufstiegschancen und Teilhabe eröffnet. Unsicherheit und Existenzängste werden durch Zugang zu guter Arbeit, faire Löhne, soziale Absicherung, gute Bildung und Mitwirkungsangebote vermindert. Ausgrenzung und Separierung dagegen lassen diese anwachsen. Solide soziale Sicherheit fördert zugleich die Bereitschaft, sich in der Stadt einzubringen, an kommunalen Vorhaben mitzuwirken sowie städtische Angebote zu Integration und Teilhabe anzunehmen. Als Maßnahmen hierfür eignen sich z.B.

- eine stärkere Teilhabe und Integration, z.B. durch Jugend- und Seniortreffs
- Förderung von außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten
- Ausbau der Sozialarbeit, insbesondere die Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit im Bereich Innenstadt

Öffentliche Sicherheit ist somit vor allem die Konsequenz aus sozialer Sicherheit und Solidarität.

Wo Menschen das Vertrauen haben, dass ihre Lebenslagen anerkannt und abgesichert sind, nehmen Misstrauen, Frustration und das Potenzial für gesellschaftliche

Spannungen oder gar Radikalisierung deutlich ab. Vor allem die konservativen Parteien verbreiten regelmäßig das Narrativ, Darmstadt sei nicht mehr sicher. Für die Lösung dieses Problems fordern sie vorzugsweise verstärkte Kontrollen des öffentlichen Lebens sowie Ausweitung der polizeilichen Präsenz. Das BSW teilt weder diese Analyse noch die daraus abgeleiteten Maßnahmen.

Für Darmstadt fordert das BSW die Abschaffung der Waffenverbotszone in der Innenstadt, da diese Verordnung lediglich der Polizei die Möglichkeit gibt, anlasslose Kontrollen bei den Bürgerinnen und Bürgern durchzuführen, eine staatlich organisierte Aushöhlung des Rechtsstaats.

4. Sport und Kultur

Die Förderung von Sport und Kultur ist schon immer ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die Darmstädter **Sportvereine** sind schon immer ein wichtiger Teil städtischer Sozialarbeit und benötigen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, da sie mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Und diese muss vor allem **verlässlich** sein, damit die Sportvereine Planungssicherheit haben und nicht jedes Jahr warten müssen, in welchem Umfang sie Unterstützung erfahren. Es muss insbesondere in den Bau, die Instandhaltung und Ausstattung von Sportanlagen wie Fußballplätzen, Turnhallen, etc. investiert werden. Die Mitgliedschaft in Sport- und anderen Vereinen muss für jeden – insbesondere für jedes Kind – leistbar sein. Wir sehen es als eine unverzichtbare Aufgabe der Stadt an, dies zu ermöglichen.

Jedes Kind muss Schwimmen lernen können

Das BSW fordert den Neubau eines Schulschwimmbades als **Ersatz für das Trainingsbad im Woogsviertel**, da die aktuellen Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen. Dies würde den Schulen mehr und längere Schwimmzeiten ermöglichen. **Zusätzliche Schwimmkurse gäben** mehr Kindern die Möglichkeit, schwimmen zu lernen.

DRLG und andere Vereine könnten dieses Bad am Nachmittag und am Abend nutzen

Politik hat die Aufgabe – sprichwörtlich und im übertragenen Sinne – Räume für die Kultur und den kulturellen Austausch zu schaffen. **Darmstädter Kulturförderung** sollte nicht nur auf etablierte Akteure ausgerichtet sein, sondern auch Neues zulassen. Dies gilt insbesondere für die Förderung kleiner/alternativer Kultureinrichtungen (freie Szene/unabhängige Kulturstätten), z.B. durch die **Einrichtung von Räumlichkeiten im Kaufhofgebäude**.

5. Verkehrspolitik- Gleichberechtigung von Fahrrad, Auto und gutem öffentlichem Nahverkehr

Wir sprechen uns für eine **vernunftgeleitete und gleichberechtigte Verkehrspolitik** aus. Die ideologiegetriebene Politik gegen das Auto lehnen wir ab. Auto-, Fahrrad- und öffentlicher Nahverkehr müssen bei der Planung zunächst als gleich wichtig berücksichtigt werden: **Die Voraussetzungen für die Mobilität aller erhalten bei gleichzeitiger Förderung zukunftsfähiger Konzepte.** Die zukünftige Ausgestaltung des ÖPNV soll wirkungsvolle Alternativen zum Individualverkehr beinhalten.

- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll Angebote vorhalten, die den Mobilitätsnotwendigkeiten und -wünschen der Menschen entgegenkommen. Dazu gehört die gute Einbindung von Quartieren in der Stadt und des Umlandes. Daher müssen die Anbindungen des Ostkreises und nach Weiterstadt durch eine Straßenbahn endlich ernsthaft angegangen werden, um die enormen Pendlerströme des täglichen Berufsverkehrs auf den ÖPNV zu verlagern. Die würde zu einer erheblichen Entlastung des Darmstädter Straßenverkehrs führen.
- Den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) können sich viele Bürgerinnen und Bürger wegen der überzogenen und immer weiter steigenden Fahrpreise nicht mehr leisten. Im Rahmen des RMV muss sich die Stadt Darmstadt daher mit Nachdruck für attraktive und bezahlbare Ticketpreise, z.B. durch Sozialtarife, einsetzen.
Zur Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV fordert das BSW darüber hinaus für den Raum Darmstadt das **Angebot eines 365 € Jahrestickets für alle** (Beispiel Wien)

Viele Menschen sind in ihrem Alltag auf das Auto angewiesen. Dies muss bei der **Parkraumbewirtschaftung** berücksichtigt werden. Das BSW fordert deswegen, diese Gebühren zu deckeln und/oder sozial zu staffeln sowie eine Gebührensenkung (30,00 € pro Jahr wie in Stuttgart).

- Das bestehende Planungschaos an der Rheinbrücke muss beendet und durch eine zielgerichtete, transparente Planung ersetzt werden.

6. Kein Digitalzwang in Darmstadt - Recht auf ein analoges Leben

Digitalisierung kann das Leben deutlich erleichtern, darf dabei aber niemanden ausschließen und muss die Persönlichkeitsrechte schützen. Nicht jeder kann oder will sich in gleichem Umfang auf digitale Angebote einlassen. Deshalb müssen **analoge Alternativen dauerhaft bestehen bleiben**, damit Menschen nicht benachteiligt werden.

Zudem fordern wir eine möglichst große digitale Souveränität für Bürgerinnen und Bürger sowie für Kommunen. Dazu gehört, dass IT-Anwendungen auf offenen Standards und möglichst auf Open-Source-Software basieren, um die Abhängigkeit von einzelnen

Konzernen zu reduzieren. Dezentrale Datenspeicherung ist daher zentralen Lösungen vorzuziehen.

Der Einsatz von KI soll sich an diesen Grundsätzen orientieren und in der Darmstädter Verwaltung mit Besonnenheit erfolgen, um dort die Effizienz zu unterstützen und zu steigern. Datenschutz und die Unabhängigkeit der Nutzer stehen dabei an erster Stelle, sodass Innovationen dem Gemeinwohl dienen, ohne Kontrolle oder Überwachung zu fördern.

Das BSW fordert, dass staatliche und kommunale Dienste digital und analog gleichwertig nutzbar sind.

7. Direkte Demokratie, mehr Partizipation durch einen Bürgerrat

Um zunehmender Politikverdrossenheit entgegenzusteuern, spricht sich das BSW-Darmstadt für die Etablierung eines **ständigen Bürgerrats** aus. Mit solch einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie, soll vermehrt das „bessere Argument“ zu Entscheidungen führen als nur die parlamentarische Mehrheit. In vielen europäischen Ländern, allen voran in Benelux und Irland, gibt es bereits gute Erfahrungen mit diesem deliberativen Verfahren.

Auch in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung sind Akademiker/innen deutlich überrepräsentiert. Der Bürgerrat soll sozial und demografisch einen Querschnitt der Bürger/innen repräsentieren und per Zufallsauswahl für ein bis zwei Jahre bestimmt werden. Er soll regelmäßig unter fachkundiger Begleitung tagen und die Stadtverordnetenversammlung zu wichtigen Themen beraten. Der Magistrat soll verpflichtet werden, die Stellungnahmen des Bürgerrats zu kommentieren und ggf. zu begründen, wenn Anregungen abgelehnt werden.

Bestehende Formate der Bürgerbeteiligung umsetzen

Das BSW setzt sich dafür ein, dass die von der Stadt mit großem Aufwand geschaffenen Leitlinien zur Bürgerbeteiligung auch umgesetzt und wie vorgesehen evaluiert werden. Beispielsweise wurde die Vorhabenliste auf der Bürgerbeteiligungsplattform **da-bei.darmstadt.de**, welche die Bürger/innen über die aktuellen Planungen der Stadt informieren soll, seit 2023 stillschweigend nicht mehr aktualisiert.

Auch der jährlich vorgesehene **Bürgerhaushalt fand 2022 das letzte Mal statt**, ohne dass es bisher einen Beschluss gab, dieses Format einzustellen. Das BSW wird die Klärung solcher, seit längerem, offenen Punkte voranbringen.

8. Migration, Flucht und Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Viele Menschen in unserem Land haben einen Migrationshintergrund, sind gut integriert und eine Bereicherung für die Gesellschaft. Eine der Voraussetzungen für eine gelungene Integration ist die Befähigung der Kommunen, diese auch leisten zu können.

Die Anzahl der Geflüchteten der letzten Jahre hat deutlich gemacht, dass auch die Stadt Darmstadt mit der Aufnahme, Unterbringung und notwendigen Integration von Geflüchteten überfordert war und - vor allem finanziell - noch ist. Hier muss dringend nachgesteuert werden. **Die Stadt Darmstadt muss weitere finanzielle Unterstützung von Land und Bund für die kommunale Aufgabe der Betreuung Geflüchteter einfordern.**

Die nachhaltige Stärkung der Integration Geflüchteter ist ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Arbeit. Maßnahmen wie intensive Jugendarbeit, aufsuchende Sozialarbeit, gezielte Sprachförderung und ein erleichterter Zugang zu Arbeit und Ausbildung leisten hierzu einen wichtigen Beitrag und sind unverzichtbar.

Der Gleichbehandlungsgrundsatz spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Maßnahmen und die Unterstützung durch die Stadt müssen in diesem Sinne gleichermaßen für alle betroffenen Personenkreise auf Grundlage einheitlicher Maßstäbe erfolgen.

Gleichzeitig ist eine gelungene Integration keine Einbahnstraße. Integration gelingt am besten dort, wo Menschen leben und alltägliche Kontakte knüpfen können. Die Mehrheit der zu uns kommenden Menschen will sich integrieren und an dieser Gesellschaft zurecht auch teilhaben.

9. Gesundheitspolitik: Für eine flächendeckende ortsnahe Versorgung

Wir setzen uns für eine flächendeckende und ortsnahe Versorgung durch Haus- und Fachärzte ein. Gerade für die Notfallversorgung sind kurze Wege elementar. Die Schließung von Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen lehnen wir ab.

Nach der Krankenhausfusion der Städtischen Kliniken/Elisabethenstift fordern wir den **Erhalt der Unternehmensmitbestimmung, die Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes in allen Konzernteilen, die Vollanwendung der bestehenden Tarifverträge für alle Beschäftigten und den Abschluss** von Übergangstarifverträgen für alle Bereiche der Kliniken. Und das vor Einleitung von Umstrukturierungsmaßnahmen!

Die Stadt Darmstadt ist darüber hinaus gefordert, ihre Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen auf dem neuesten Stand zu halten und das Land aufzufordern, seinen Investitionsaufgaben in ausreichendem Umfang nachzukommen.

Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene **Einrichtung eines Drogenkonsumraums** befürworten wir. Hier ist der enge Austausch mit der Drogenhilfe vor Ort zu suchen, wo viel wertvolle Expertise vorhanden ist. Beschwerden und Probleme von Anwohnern am Herrengarten, wo sich die „Szene“ meist aufhält, nehmen wir ernst. Hier braucht es sinnvolle Gesprächsformate. Eine parteipolitische Profilierung auf dem Rücken von hilfebedürftigen Menschen – wie sie leider allen voran vom Darmstädter OB betrieben wurde – lehnen wir ab! Das Thema ist sensibel und bedarf eines seriösen Umgangs.

In Hessen gerät die Behindertenhilfe bzw. Eingliederungshilfe mehr und mehr unter Druck. Die Kosten seien zu hoch und selbst der Bundeskanzler fordert den Stopp einer angeblichen „Kostenexplosion“.

In Hessen finanzieren die Kommunen über den **Landeswohlfahrtsverband (LWV)** die Leistungen der Eingliederungshilfe. Wir werden uns für einen **starken LWV** als überörtlichen Sozialhilfeträger mit ausreichend Mitteln einsetzen, um eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hilfeangebote sicherzustellen.

Eine älter werdende Gesellschaft muss sich auf zunehmende Bedarfe in der Pflege einstellen. Wir werden uns einsetzen für einen **Erhalt und Ausbau der sogenannten „Gemeindepflege“ und des Pflegestützpunktes** in Darmstadt. Dies gilt ebenso für eine ausreichende finanzielle Unterstützung aller Initiativen und Vereine in den Stadtteilen, die einen quartiersbezogenen Ansatz der Seniorenarbeit, eng vernetzt mit weiteren sozialen, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Akteuren, verfolgen. Durch ihre meist ehrenamtliche Arbeit **ermöglichen sie es Seniorinnen und Senioren, am Leben im Stadtteil so lange wie möglich teilzuhaben** und - auch bei gesundheitlichen Einschränkungen und mit Pflegebedarf - selbstständig und sozial eingebunden in ihrer Wohnung leben zu können. Bereits jetzt überfordern die Eigenanteile der Stadt Darmstadt deren Möglichkeiten. Deswegen **fordert das BSW die Gemeindepflege durch eine 100%-ige Regelfinanzierung des Landes Hessen zu sichern**. Sonst folgt daraus unweigerlich der Abbau der Gemeindepflege.

10. Wirtschaftsförderung: Gute Infrastruktur

Wir fordern ausdrücklich die Stärkung der örtlichen Ökonomie durch die **Unterstützung von kleinen Betrieben, Existenzgründern (Start-Ups) und jungen Unternehmen**, indem die Stadt Darmstadt Beratung, Finanzierungshilfen und die Bereitstellung eines **Gründerzentrums als Anlaufstelle** für Fragen und Hilfestellungen anbietet.

Sofern die Vorschriften es zulassen, ist bei der Auftragsvergabe der Unternehmenssitz zu berücksichtigen und als ein zentrales Kriterium zu beachten:

Lokale Aufträge für lokale Unternehmen.

Weiter unterstützen wir die Ansiedlung von Unternehmen in Darmstadt durch die Bereitstellung von Gewerbeflächen zu vernünftigen Preisen.

Für eine deutliche Aufwertung der Innenstadt fordert das BSW die Prüfung einer **Übernahme des Kaufhofgebäudes**, etwa durch den Kauf am Beispiel von Hanau oder durch Mieten der Immobilie, um es als Bürger- und Kulturzentrum mit breitem Angebot, z.B. sozialer Arbeit in der Innenstadt oder Vereine, zu nutzen.

11. Umwelt- und Naturschutz

Auf kommunaler Ebene ist Umwelt- und Naturschutz eine zunehmend zentrale **gemeinschaftliche Pflichtaufgabe** zur notwendigen Anpassung an den Klimawandel. Dabei sollte im Interesse aller Beteiligten über kurzfristige ideologische, politische oder wirtschaftliche Erwägungen hinaus gehandelt werden. Nur eine **sozialverträgliche kommunale Anpassung an den Klimawandel** kann langfristig regionale Lebensperspektiven sichern, indem sie auf strategische und integrierte Maßnahmen zur Risikoprävention und zur Stärkung von Resilienz setzt.

Die Stadt Darmstadt muss endlich vernünftige und wirksame Klimaanpassungskonzepte entwickeln, die etwa Hitzeaktionspläne, den Erhalt von Bäumen und Wäldern, Hochwasserschutz und Grünflächenentwicklung umfassen.

Zur notwendigen Anpassung an den Klimawandel gehört auch die **Entsiegelung von Flächen** in der Stadt. Ziel muss es sein, die natürlichen Bodenfunktionen wie Versickerung, Wasserfilterung und Verdunstung wiederherzustellen, um das Stadtklima zu verbessern, Hitzestress zu reduzieren und die Kanalisation zu entlasten.

Auch Wohnungsbau und Verkehrspolitik wirken sich auf die Umwelt und das Klima aus: Die sozialen Kosten für Klima- und Umweltfragen dürfen in diesen Bereichen nicht zu hoch werden. Stattdessen sollten Ausgleichsmaßnahmen durch Aufforstungsprogramme, die Rekultivierung von Mooren und die kommunale Förderung von Energiesparmaßnahmen an Gebäuden genutzt werden. **Insbesondere öffentliche Gebäude** – wie Schulen, Rathäuser und Verwaltungsgebäude – sollten verpflichtend Energiesparmaßnahmen umsetzen und **Photovoltaikanlagen zur Eigenversorgung mit Strom und zur Kosteneinsparung einsetzen**, da sie tagsüber einen hohen Stromverbrauch haben. Gleichzeitig fordern wir eine **Solarpflicht für öffentliche Neubauten**.

Kommunale Fördermaßnahmen für erneuerbare Energien an private Haushalte sollten nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt, sondern sozial nach dem Einkommen gestaffelt werden.